

Andreas Zumach: Israel, Palästina und die Grenzen des Sagbaren

Vortrag an der LMU in München, 7. November 2018

Transkript: Sylvia Krampe, Redaktion und Zwischentitel: Michael Meyen

Videomitschnitt: Meyen 2018

Kursiv: redaktionelle Anmerkungen

1. Vorbemerkung

Einen wunderschönen guten Abend und ganz herzlichen Dank für die Einladung hier in diesen Hörsaal dieser ehrwürdigen Universität. Ich muss das, womit Michael Meyen eben geendet hat, ein bisschen deutlicher ausdrücken. Vielleicht kommt das in einigen Ohren unfreundlich an. Es ist ja nun tatsächlich so, dass es zu keinem Thema in der deutschen Diskussion so viele Emotionen gibt, aber auch so viele Falsch-Zitationen, ob nun aus Schludrigkeit, Schlamperei oder aus böser Absicht. So viele Verleumdungen, so viel Rufmord. Auch hier im Vorfeld dieser Veranstaltung. Darauf werde ich am Schluss noch mal eingehen.

Weil das so ist, gilt heute Abend für mich etwas, was ich sonst nie tue. Ich habe ein Manuskript. Das ist vielleicht das vierte Mal in 40 Jahren. Sonst rede ich immer frei. Die Veranstaltung wird aufgezeichnet. Es gilt das gesprochene Wort. Das meine ich ganz ernst. Wer mich zitieren will, der kann das gerne tun. Wer unsicher ist, ob er oder sie mich richtig zitiert, frage mich gerne. Wer mich absichtlich, mit der Absicht der Verleumdung, falsch zitiert, bekommt großen Ärger. Das sage ich hier in aller Klarheit.: Das wird viel Geld kosten. Ich habe da sehr gute Anwälte und Anwältinnen (*Lachen im Saal*). Das ist nicht zum Lachen. Ich habe in 40 Jahren drei Mal einen Anwalt oder eine Anwältin bemühen müssen, immer wegen Verleumdungen in diesem thematischen Zusammenhang. Ich habe das immer durchgesetzt. Es wurde für die andere Seite immer sehr teuer. Ich sag das deswegen jetzt am Anfang, weil ich auch schon erlebt habe, dass aus Veranstaltungen heraus über Twitter oder andere sogenannte soziale Medien bereits Falschzitate verbreitet wurden.

Hannah Arendt ist eben zitiert worden (vgl. Arendt 2016). Ich bin nicht jemand, der so Sätze mitspricht wie: Man wird doch wohl noch mal sagen können. Das sind ja Sätze, die kommen eher so aus der politischen Ecke der AfD. Oder auch Pauschalvorwürfe, wie sie in den letzten Jahren häufig zu hören sind, sowohl auf der politischen Rechten aber auch in Teilen der Linken wie: die „Lügenpresse“, wo dann so ganz pauschal behauptet wird, es gäbe so etwas wie eine gleichgeschaltete Medienlandschaft. Irgendwo sitzt da ein Zensor, möglicherweise vielleicht sogar ein jüdischer Zensor und zensiert das alles. Das teile ich nicht – nicht nur, weil der Vorwurf der Lügenpresse natürlich eine historische Konnotation hat aus der Nazizeit. Da

müssen wir schon genauer hingucken. Ich sage: Die Grenzen des Sagbaren, die bestimmt jeder und jede für sich selber. Da ist auch jeder und jede für sich verantwortlich. Sich hinter irgendwelchen angeblichen Verboten zu verstecken, gilt nicht. Da halte ich es mit Hannah Arendt, die in einem Interview über den Eichmann-Prozess, den sie ja beobachtet hat als Journalistin, zu der Tatsache gesagt hat, dass Eichmann sich ja immer nur auf seine Gehorsamspflicht berufen hat bei der Auslöschung der Juden: Niemand hat das Recht zu gehorchen. Das ist hier mein Leitspruch.

Warum diese Veranstaltung? Warum kommen über 300 Leute zu dieser Veranstaltung, zwar an einem Novemberabend, der aber immer noch so mild ist, dass man auch noch im Biergarten sitzen könnte? Erstens (und jetzt spreche ich zunächst über diejenigen unter uns, die eine deutsche Staatsbürgerschaft haben): Wir sind hier zusammengekommen, weil wir eine besondere Verantwortung haben als Deutsche, jeglicher Form von Judenfeindlichkeit entschieden entgegenzutreten (*Klatschen, Rufe; Unterbrechung durch den Redner, der bittet, auf Beifall und Zwischenrufe zu verzichten und so Zeit für Gegenargumente und Diskussion im Anschluss zu gewinnen*). Weil wir zweitens eine besondere Verantwortung haben für eine gesicherte und dauerhaft unbedrohte Existenz Israels. Ich hoffe, dass das Konsens ist, zumindest aller, die hier deutsche Staatsbürgerinnen sind, trotz aller Anfeindungen gegen diese Veranstaltung im Vorfeld.

Besondere Verantwortung heißt nicht, wie es Bundeskanzlerin Merkel immer formuliert, Staatsräson. Leider ist sie nicht die einzige, die das so formuliert. Gregor Gysi hat als Fraktionsvorsitzender der Linken diesen Begriff auch gebraucht und sich zu eigen gemacht in einer Rede vor dem Bundestag. Ich war bei Gysi mal aus einem anderen Grund, und da habe ich ihn gefragt: Herr Gysi, wissen Sie eigentlich, was Staatsräson heißt? War ihm nicht klar. Habe ich gesagt: Das ist ein Begriff aus dem preußischen Obrigkeitsstaat. Hier wird von oben verordnet, befohlen. Du musst gehorchen, basta. Ich habe gesagt: Wenn Sie so an dieses Thema herangehen, dann züchten Sie gerade bei jungen Leuten, denen man das auch alles neu erklären muss, je weiter sie weg sind historisch von 1933 und 1945, dann züchten Sie eher Judenfeindlichkeit, antisemitische Verschwörungen und so weiter.

Ich will aber noch einmal mit zwei Fragen ausloten, wie weit denn der Konsens hier im Saal unter uns allen geht oder nicht. Wer stimmt meiner Feststellung zu, dass mit der Teilungsresolution der UN-Generalversammlung vom 27. November 1947 die völkerrechtliche Grundlage für einen Staat Israel und für einen Staat Palästina geschaffen wurde? Wer stimmt dieser Feststellung zu (*leichtes Klatschen*)? Wer kann dieser Feststellung nicht zustimmen (*leichte Unruhe*)? Ich vermute mal: aus unterschiedlichen Gründen. Ich sage dann dazu

meinerseits: Alle, die jetzt mit nein gestimmt haben, kennen entweder das Völkerrecht nicht oder wollen es nicht wahrhaben. Denjenigen, die sagen, es gäbe ja keine rechtsgültige Resolution, die sei ja nur durch die Generalversammlung beschlossen worden, denen halte ich entgegen: Das stimmt nicht. Der UNO-Sicherheitsrat hat sich diese Resolution unmittelbar danach und mehrfach seitdem zu eigen gemacht. Sie ist völkerrechtlich gültig. Und wer sagt (*Unruhe, Bitte um Ruhe, mehrfaches Ansetzen durch den Redner*): Diese Resolution würde nicht die Grundlage für das Existenzrecht eines Staates Palästina bieten, der sagt implizit auch, dass es keine völkerrechtliche Grundlage für die Existenz des Staates Israel gibt. Umgekehrt gilt genau dasselbe. Der Zwischenruf ist auch politisch richtig von der Faktenlage her. Die arabischen Staaten haben damals zugestimmt und man kann natürlich darüber diskutieren, ob dieser Beschluss eine politische Ungerechtigkeit bedeutet gegenüber den Menschen arabischer Herkunft, die vorher in diesem palästinensischen Mandatsgebiet der Briten gelebt haben. Darüber kann man reden. Nur: Das Völkerrecht hat es nun mal so bestimmt und ich denke, ich jedenfalls halte mich an diese Basis, und ich hoffe, dass wir darüber vielleicht im Laufe des Abends noch einen Konsens herkriegten.

Meine zweite Frage: Wer stimmt denn meiner Feststellung zu, dass in Folge und im Ergebnis des 1967er Nahostkrieges Israel die Westbank, den Gazastreifen und Ost-Jerusalem völkerrechtswidrig besetzt hat und besetzt hält und seitdem völkerrechtswidrig besiedelt? Wer stimmt (*Unruhe*) dieser Aussage nicht zu? Okay. Damit ist, glaube ich, die Gemengelage klar. Und ich denke, damit nähern wir uns auch dem Kern des Dissenses. Der Kern des Dissenses und des Streitiges, den wir hier ganz besonders in Deutschland haben, ist: Wie denn die besondere Verantwortung, die ich eingangs skizziert habe, wahrgenommen werden soll. Wie sie denn umgesetzt werden kann (*Unruhe*). Auf diese Frage, wie diese Verantwortung, diese besondere, wahrzunehmen ist, möchte ich jetzt meine klare Antwort geben, die dann hoffentlich auch klar gehört wird und nicht nachher nochmal durch lange Beiträge in Zweifel gezogen wird. Meine Antwort auf die Frage, wie diese, unsere besondere Verantwortung wahrzunehmen ist: Es kann und wird eine sichere und unbedrohte Existenz Israels nur geben, wenn auch das Recht der Palästinenserinnen auf die universellen Menschenrechte und auf ihre staatliche Selbstbestimmung verwirklicht ist (*Beifall*). Ob das dann eines Tages in einer bislang angestrebten Zwei-Staatenlösung passiert oder in einer Ein-Staatenlösung, in der dann natürlich alle Bürgerinnen und Bürger die gleichen Rechte haben müssen und das Recht, ihre jeweilige Religion frei und ungehindert auszuüben, das lasse ich mal dahingestellt sein. Darüber können wir gerne noch diskutieren. Ich sage zweitens, wenn das so ist, dann ist Kritik an der völkerrechtswidrigen Besetzung und Besiedlung der Westbank, der Einschnürung des

Gazastreifens und der Besetzung Ost-Jeruselems eine nicht nur legitime, sondern eine notwendige Handlung, um unsere Verantwortung auch für ein gesichertes Israel wahrzunehmen. Denn es ist diese Besatzungspolitik, die der Verwirklichung der palästinensischen Rechte auf Selbstbestimmung und der Umsetzung ihrer universell gültigen Menschenrechte entgegensteht.

Und deswegen sage ich allen, die diese Wahrnehmung der Verantwortung dann kritisieren als antisemitisch: Ihr seid im Grunde die ärgsten Feinde Israels. Ihr geriert euch so gerne als die einzigen wahren, verlässlichen Freunde Israels. Weil ihr aber diese notwendige Kritik an israelischer Regierungspolitik, und nur darum geht es, als antiisraelisch, als antisemitisch denunziert, tabuisiert ihr eine Politik, nämlich die der israelischen Regierung, die die größte Gefahr ist und die größte Bedrohung für eine dauerhaft gesicherte, unbedrohte Existenz Israels. Das ist meine Antwort auf diese Frage.

2. Die Anti-BDS-Kampagne

Und damit komme ich zu der Metaebene, über die wir ja heute Abend hier reden. Über die Frage: Wodurch werden denn die Grenzen des Sagbaren zumindest verschoben? Nicht durch Verbote, durch harte Verbote im Sinne von harter Zensur, aber doch durch Umwandlung von Begriffen, von Bedeutungen. Durch Zuweisungen von (*kurzer Dialog mit einem Gast*). Durch die Umdeutung von Begriffen. Durch Behauptungen, die nicht belegt sind, und durch den Versuch, völkerrechtliche Tatsachen umzudeuten. Es gibt bereits seit 1974 eine Public-Relations-Kampagne der israelischen Regierung. Das ist die Hasbara. Hasbara heißt auf Hebräisch zunächst einmal nicht mehr als Erklärung. Aber auch schon damals haben auch israelisch-jüdische Kritikerinnen das für ein Euphemismus gehalten und gesagt: Im Grunde geht es um Propaganda. Wofür es im Hebräischen einen anderen Begriff gibt, das ist Damula. Aber es gibt auch viele Beobachter, die sagen: Das ist zunächst einmal völlig legitim. Das hat auch jeder andere Staat gemacht, auch Staaten, die weniger in der Kritik standen als Israel damals sieben Jahre nach dem 1967er Krieg und der Besetzung. Das ist legitime Soft-Power-Diplomatie. Aber dies ist dann im Laufe der Jahre eskaliert zu einer Kampagne. Gerade im Ausland, vor allem in dem für Israel wichtigsten Ausland, das die öffentliche Meinung und die Haltung der Regierung betrifft, nämlich in den USA. Aber ziemlich bald danach folgt natürlich Großbritannien und folgt die Bundesrepublik Deutschland.

Das ist eine Kampagne, die zunächst einmal mit diesen drei fürchterlichen Buchstaben BDS überhaupt nichts zu tun hatte. Diese Kampagne hat auch bei uns in Deutschland lange vor Beginn von BDS-Aktivitäten begonnen. Sie begann nachweislich spätestens nach dem Gaza-

Krieg von 2006. Nach diesem Gaza-Krieg hat der UNO-Sicherheitsrat mit Zustimmung der USA, sonst wäre es nicht dazu gekommen, eine Untersuchungskommission eingerichtet zu den mutmaßlichen Kriegsverbrechen beider Seiten, sowohl der Hamas als auch der israelischen Regierungstreitkräfte. Diese Kommission stand unter dem Vorsitz des weißen südafrikanischen Verfassungsrichter Richard Goldstone – ein Mann, den ich seit langem schon kannte. Er war der erste Chefankläger im Jugoslawien-Tribunal in den 1990er Jahren. Richard Goldstone ist ein bekennender Zionist und nennt sich selbst einen engen Freund Israels, und das seit 60 Jahren. Und er hat dann in dem Bericht, den er vorgelegt hat 2008, festgestellt, dass sowohl die Hamas durch den Raketenbeschuss, aber auch die israelische Luftwaffe Kriegsverbrechen begangen haben in unterschiedlichem Ausmaß. Das hat er auch festgestellt. Der größere Anteil auf israelischer Seite, die Opferzahl war auch etwa hundertmal so hoch auf der palästinensischen Seite.

Und er hat dann gesagt, der direkte Luftwaffenbeschuss von zivilen Zielen und Einrichtungen im Gazastreifen durch israelische Piloten erfüllt möglicherweise den Tatbestand von Verbrechen gegen die Menschheit. Und Goldstone hat damals beide Seiten aufgefordert zu Ermittlungen, zu strafrechtlichen Untersuchungen und dazu, die ermittelten Verantwortlichen zur Verantwortung zu ziehen. Darauf brach ein Sturm der Entrüstung los, eine Kampagne, wie ich sie selten bisher erlebt habe. Goldstone ist nach Strich und Faden fertig gemacht worden, anders kann man es nicht ausdrücken, auch in seiner jüdischen Community in seinem Heimatland Südafrika.

Etwa gleichzeitig begannen bei uns auch systematische Angriffe gegen Menschen, die in Veranstaltungen, durch Ausstellungen, wie auch immer, Kritik an israelischer Regierungspolitik, an der Besatzung und so weiter übten. Ziele dieser Kampagne waren und sind bis heute unter anderem die Nakba-Ausstellungen. Da hat es ganz viele Fälle gegeben, wo diese Ausstellung nicht stattfinden konnte, weil sie angeblich antisemitisch ist, antiisraelisch. Es richteten sich die Angriffe auf Individuen, die Vorträge gehalten haben. Der ganz besondere Hass dieser Kampagne richtet sich gegen Jüdinnen und Juden, sei es israelische Juden und Jüdinnen wie Uri Avnery, Reuven Moskovitz, Felicia Langer. Alle bekannt, alle inzwischen gestorben. Gegen amerikanische Juden wie Jeff Halper oder Mark Braverman. Gegen deutsche Juden wie Rolf Verleger, das ehemalige Mitglied des Zentralrates der Juden.

Gegen Rolf Verleger ist einer im Zusammenhang dieser Kampagne skandalösesten Vorgänge passiert. Rolf Verleger hat vor drei Jahren eine Einladung bekommen an die Universität in Freiburg im Breisgau, wo es seit einigen Jahren auch im Ergebnis dieser Kampagne ein sogenanntes Antisemitismusreferat beim Studentenparlament gibt, beim Asta. Und die

Mitglieder dieses Antisemitismusreferats sind vor der Rede von Verleger rumgegangen mit Flugblättern, in denen sie Verleger, dessen Familie zu großen Teilen in Auschwitz ausgelöscht wurde, denunziert haben als jemanden, der den Holocaust am jüdischen Volk vollenden wolle. Ein zweites, für mich skandalöses Ergebnis dieser Kampagne ist gewesen, dass eine deutsche Bank, die Bank für Sozialwirtschaft, der Organisation *Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost* das Konto gekündigt hat. Das sind deutsche Juden und Jüdinnen. Diese Organisation gibt es mit demselben Namen in elf anderen europäischen Ländern. Warum? Weil ein Mann, der offiziell firmiert als der Europakorrespondent der *Jerusalem Post*, sein Name ist Benjamin Weinthal, zu dem Direktor dieser Bank gegangen ist und gesagt hat, die *Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost* ist eine antisemitische, antiisraelische Organisation, unterstützt BDS (was faktisch schlicht falsch ist) und zielt auf die Eliminierung Israels ab. Er hat dem Bankdirektor gedroht, wenn das Konto nicht gekündigt wird, dann wird er, Benjamin Weinthal, in der *Jerusalem Post* und anderen israelischen Medien auch die Bank angreifen. Unter diesem Druck ist das Konto gekündigt worden. Diese skandalöse Entscheidung, eine deutsche Bank kündigt deutschen Juden und Jüdinnen das Konto, ist zum Glück inzwischen korrigiert worden, weil es erhebliche Proteste dagegen gegeben hat. Aber ich weiß, dass eine Reihe von jüdischen Organisationen in unserem Land nach wie vor Druck auf die Bank machen, dieses Konto wieder zu kündigen.

Wer sind die Akteure dieser Kampagne bei uns? Ich sage das jetzt ohne Anspruch auf Vollständigkeit. Das kann ich gar nicht. Einer, der national mit nationaler Wirkung hier auftritt, ist der eben erwähnte Europakorrespondent der *Jerusalem Post*, der in ganz vielen dieser Fälle auch an Veranstalter von möglichen Vorträgen, von Ausstellungen vorher herangeht, mit einem Schreiben. Ich habe das am Samstagabend, am heiligen Sabbat, auch bekommen. Da steht dann drin: Sie haben das und das vor, was antisemitisch ist, antijüdisch und so weiter. Und dann kommen sechs geschlossene Fragen. Sind sie Antisemit? Haben sie die Shoah verstanden? Und ich erfordere ihre Antwort sofort. Bei mir war das am Samstagabend um fünf. Am Sonntag gebe ich meinen Artikel an die *Jerusalem Post*. Ich habe nicht reagiert. Der Artikel war bereits Samstagabend um 21.45 Uhr in der *Jerusalem Post* und dann am Montag in der Printausgabe. Einige haben ihn ja möglicherweise gelesen.

Eine zweite Figur, mit bundesweiter Wirkung muss man sagen, ist der ehemalige grüne Bundestagsabgeordnete Volker Beck. Ein Mensch, den ich seit langem kenne. Er ist der grüne Abgeordnete meiner Geburtsstadt Köln. Ich habe ihn viele Jahre sehr geschätzt für die großen Verdienste, die er sich in gesellschaftspolitischen Fragen gerade auch im Bereich von Meinungsfreiheit für Minderheiten erkämpft hat. Aber er ist jetzt einer der eifrigsten

Verleumder von Kritik an israelischer Regierungspolitik. Er ist derjenige, der hinter der Absage der Tagung in der evangelischen Akademie in Tutzing stand im letzten Jahr, wo über acht Monate eine Tagung angekündigt war (*Unruhe, Zwischenrufe, kurze Unterbrechung*), die im besten Sinne ausgewogen war, wo Volker Beck sogar als einer der Hauptreferenten vorgesehen war und wo er dann hinterrücks die Kampagne gegen diese Tagung organisiert hat. Sie ist dann abgesagt worden. Das ist an ganz vielen Orten auch passiert, auch da, wo seine eigene grüne Partei, wie etwa in Hamburg, eine Veranstaltung organisiert hat (*Unruhe*).

Ein weiterer Akteur sind die deutsch-israelischen Gesellschaften etwa in Baden-Württemberg, auch hier in München. Zu dieser Kampagne gehören zumindest als Mitläufer inzwischen auch einige der von diversen Bundesländern ernannten Beauftragten gegen Antisemitismus und für Religionsfreiheit, also wie gesagt, ohne Anspruch auf Vollständigkeit. Ich könnte auch noch einige Namen hier aus München, nennen. Das lasse ich zunächst mal.

Diese Kampagne ist in den letzten drei, vier Jahren erheblich eskaliert, und zwar nicht nur in Deutschland, sondern international aus folgendem Grunde. 2011 hat die israelische Regierung angefangen, auf BDS zu reagieren. Bis dahin hat man das nicht ernst genommen. Man hat eine Stabsstelle eingesetzt im Ministerium für strategische Angelegenheiten, das direkt angesiedelt ist im Büro des Premierministers Benjamin Netanjahu. All das, was ich jetzt sage und viel mehr, können sie nachlesen in einem Artikel, der bereits am 14. August dieses Jahres in der britischen Zeitung *The Guardian* erschienen ist von dem Journalistenkollegen Nathan Thrall, wo er in Interviews mit den Verantwortlichen dieser Kampagne genau beschreibt, um was es bei dieser Kampagne geht (vgl. Thrall 2018). Er interviewt ausführlich Yossi Kuperwasser, bis 2014 Generaldirektor in dem Ministerium für strategische Angelegenheiten zur Koordination dieser Kampagne. Es gibt dieses Zitat von Jacob Baime, Exekutivdirektor der *Israel on Campuses Coalition*, also Israel an den Universitäten, der zum Beispiel sagt, es ist uns gelungen, inzwischen dank überlegener Softwaretechnologie, wenn irgendwo in den USA eine Veranstaltung zum Thema Israel Palästina auch nur angekündigt wird, vor allem an Unis, erfahren wir davon innerhalb von 30 Sekunden und reagieren sofort darauf, indem die jeweiligen Verantwortlichen für diese geplante Veranstaltung auf den sogenannten sozialen Medien unter Druck gesetzt werden, verleumdet werden. Druck auf die Universitäten gemacht wird, die Veranstaltung sein zu lassen und so weiter. Sie können das alles, ich sage nochmal, in diesem *Guardian*-Artikel auf Englisch nachlesen. Dieser *Guardian*-Artikel ist am letzten Freitag, am 1. November, jetzt auch erstmals ganz auf Deutsch veröffentlicht worden in der Berliner Wochenzeitung *Freitag*. Da kann man ihn finden unter dem Titel „BDS: Wie eine kontroverse gewaltfreie Bewegung die israelisch-palästinensische Debatte verändert hat“.

Inzwischen wird die Kampagne geführt von einer ehemaligen Mitarbeiterin des israelischen Militärgeheimdienstes. Ihr Name ist Sima Vaknin-Gil. Die kann man genau auch mit eigenen Aussagen dazu, worum es bei der Kampagne geht, wie sie organisiert ist, wie sie vorgeht, worum es geht, wie sie finanziert wird, in einem vierteiligen Film sehen, der bereits letztes Jahr hergestellt worden ist mit Interviews der Verantwortlichen sowohl in Tel Aviv als auch mit Leuten, die für diese Kampagne aus der israelischen Botschaft in Washington arbeiten. Die sind zum Teil mit Undercover-Mitteln gefilmt worden. Diese Filme empfehle ich. Das sollte man sich klar mal anschauen (*Link zum Al-Jazeera-Film „The Lobby – USA“ unter Literaturangaben; aus diesem Film stammt auch das Zitat von Jacob Baime*).

Es gibt ein Budget für diese Kampagne, was inzwischen in die dreistellige Millionen-Dollar-Dimension geht. Die Kampagne ist endgültig oberste Priorität geworden, nachdem Ministerpräsident Benjamin Netanjahu 2015 erklärt hat, BDS, Zitat, ist eine existenzielle Bedrohung für Israel. Militärisch haben wir keine ernsthafte Bedrohung, da haben wir alles unter Kontrolle, aber BDS ist eine Bedrohung. Diese Kampagne agiert mehr oder weniger offen einmal über die israelischen Botschaften und Generalkonsulate. Die USA nach wie vor an erster Stelle, aber auch in Großbritannien und in Deutschland. Sie agiert aber auch durch direkte Unterstützung von bestimmten Gruppen, Organisationen, auch bei uns in Deutschland. Da werden auch Geld oder geldwerte Mittel zur Unterstützung der Akteure dieser Kampagne bereitgestellt, auch bei uns in Deutschland.

Ein bisschen schwieriger ist das Vorhaben, juristische Schritte zu unternehmen gegen BDS. Prozesse, auch Prozesse gegen Unternehmen, die sich möglicherweise zurückziehen aus den besetzten Gebieten. Dafür hat man eine amerikanische Anwaltskanzlei angeheuert, die auch vier Büros hat in Europa, in Genf, in Brüssel, in London, in Amsterdam, die diese juristische Kampagne organisiert. Ich lasse das jetzt mal dabei, ich habe die Quellen benannt. Sie können das gerne nachlesen, wenn sie daran Zweifel haben. Ich würde jetzt gerne weitergehen zu der Frage von Begriffsveränderungen, Begriffsverschiebungen.

3. Antisemitismus definieren

Wir haben eben eine Definition gesehen, auf der ersten Folie glaube ich, die Michael Meyen gezeigt hat. Diese Antisemitismusdefinition ist Ergebnis einer mehrfachen Manipulation. Es gab ursprünglich in Wien eine EU-Einrichtung, das europäische Menschenrechtszentrum. Und dieses europäische Menschenrechtszentrum hatte eine Arbeitsdefinition entwickelt für Antisemitismus, die aber niemals in irgendeiner Weise rechtlich bindend von den EU-Staaten beschlossen worden ist. Diese Wiener Stelle, die sich große Verdienste erworben hat bei der

Bekämpfung auch von Rassismus jedweder Form in den europäischen Staaten, ist dann aufgelöst worden vor sechs Jahren. Es ist dann direkt bei der EU die europäische Grundrechteagentur gegründet worden. Diese europäische Grundrechteagentur hat ausdrücklich diese Arbeitsdefinition aus dieser ursprünglichen Wiener Stelle nicht übernommen, weil sie gesagt hat: Die ist viel zu vage und unkonkret.

Daraufhin hat die eben schon zitierte internationale Allianz für das Holocaustgedenken auf ihrer Tagung am 30. Mai 2016 in Bukarest nicht diesen Text verabschiedet, den Herr Meyen eben uns gezeigt hat, sondern nur die ersten 40 Worte. Ich darf es noch einmal vorlesen, da das Bild weg ist. Die Definition, die seitdem als die universell gültige Arbeitsdefinition genutzt wird, auch von der Bundesregierung, lautet: „Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die im Hass auf Juden Ausdruck finden kann. Rhetorische und physische Manifestationen von Antisemitismus richten sich gegen jüdische oder nichtjüdische Individuen und/oder ihr Eigentum, gegen Institutionen jüdischer Gemeinden und religiöse Einrichtungen“. Alles Folgende, was danach auch zitiert war, zum Beispiel der Satz: Manifestationen können die Fokussierung auf den Staat Israel sein, wenn er als jüdisches Kollektiv wahrgenommen wird. Und dann weitere Beispiele. Insgesamt ist das viel Text, ich habe ihn ganz hier. Das ist aber nicht Teil dieser Definition. Das ist eine Manipulation. Dieser Gesamttext ist eine Presseerklärung, die am Tag nach dieser Sitzung in Bukarest veröffentlicht wurde. Beschlossen von den teilnehmenden 31 nationalen Mitgliedsorganisationen der internationalen Allianz wurden nur die ersten 40 Worte. Nichtsdestotrotz wird überall in der deutschen Debatte, inzwischen auch durch die Bundesregierung, die diesen Gesamttext ja als Arbeitsdefinition übernommen hat, mit diesem ganzen Text argumentiert. Und das ist eine wesentliche Grundlage dafür, jetzt eben überall antiisraelischen Antisemitismus zu wittern.

Ich will nochmal etwas zu den ursprünglichen 40 Worten sagen, weil auch die nicht unproblematisch sind. Nochmal, der erste Satz lautet: „Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann“. Zitatende. Wieso „kann“? Diese Wahrnehmung muss sich also offensichtlich laut dieser Definition gar nicht als Hass gegenüber Juden ausdrücken. Antisemitismus ist also nach dieser Definition einfach eine „bestimmte Wahrnehmung“, gleichgültig ob sich in ihr Hass gegenüber Juden ausdrückt oder nicht. Doch welche „bestimmte Wahrnehmung“ ist es dann? Auch der zweite Satz dieser Definition gibt dazu keinen Aufschluss. Der lautet: „Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeinden, Institutionen oder religiöse Einrichtungen“. Zitatende. Statt Schulen, Justiz, Parteien, die Öffentlichkeit, Polizei nun darüber aufzuklären, was

Antisemitismus wirklich ist, gibt sie ein weiteres Rätsel auf. Denn Antisemitismus kann sich auch, Zitat, „gegen nichtjüdische Einzelpersonen oder gegen deren Eigentum“ wenden. Wie das? Kann damit Kritik an der Bundeskanzlerin, den beiden christlichen Kirchen oder der Bundesbahn möglicherweise auch antisemitisch sein? Oder folgt die Regierung damit der verklemmten Logik der Antideutschen, dass die Kritik an Globalisierung und am Finanzkapitalismus immer und ausdrücklich nur antisemitisch sein kann und so eingestuft werden muss, da der Jude ja historisch immer mit dem Finanzsystem identifiziert wurde? Also: Diese Definition hilft überhaupt nicht weiter. Sie lässt den Suchenden verwirrter zurück als vor der Lektüre. Aber wie gesagt: Mit diesen Anhängen ist dann die Grundlage geschaffen, künftig eben auch Israelkritik, Kritik an israelischer Regierungspolitik, als antisemitisch einzustufen. Es gibt sechs Gründe, sich gegen diese Begriffsumdeutung zu wenden und diese Arbeitsdefinition nicht zu übernehmen. Diese Arbeitsdefinition, auch wenn das Bundeskabinett sie so beschlossen hat, ist nicht rechtsgültig. Sie setzt nicht in Kraft, ergänzt auch nicht oder relativiert in irgendeiner Weise das, was gültig ist. Das steht im Völkerrecht, in der Antirassismuskonvention und in der europäischen Menschenrechtskonvention, in den entsprechenden Absätzen über Rassismus. Das ist rechtlich und völkerrechtlich für uns alle verbindlich.

Ich will etwas Zweites sagen. Die Kampagne reibt sich sehr stark auf an dem Vorwurf, dass Israel ein Apartheidstaat sei. Ich will dazu sagen, zunächst einmal grundsätzlich, ich finde es immer problematisch, historische Parallelen zu ziehen, weil meistens oder fast immer treffen sie nicht genau zu. Weil bei allen Gemeinsamkeiten, die man vielleicht feststellen kann, gibt es immer spezifische Unterschiede. Ich will das an einer wahren Geschichte deutlich machen, die ich selbst erlebt habe. Ich bin im Januar 1988 als Korrespondent nach Genf gekommen und im Februar 1988 kam Jassir Arafat, der Gründer und damalige Vorsitzende der Palästinensischen Befreiungsbewegung (PLO), zum ersten Mal zur UNO in Genf. Es war ein Riesenaufbruch, man befürchtete Zwischenfälle, Angriffe, was auch immer. 2000 Schweizer Soldaten umstanden das UNO-Gebäude. Er redete vor der Menschenrechtskommission der UNO. In seiner etwa zwanzigminütigen Rede kritisierte er das Vorgehen der israelischen Polizei, des Militärs und anderer Sicherheitsorgane gegen die Palästinenser in der besetzten Westbank. So weit, so okay. Nur: In jedem fünften Satz sagte Arafat „just like the Nazis did it“. Nach seiner Rede gab es eine große Pressekonferenz, zu der damals alle Weltmedien da waren, über 1000 Journalisten aus aller Welt. Ich habe Arafat dort die Frage gestellt, ob er wirklich glaube, dass diese historische Parallele angemessen und zutreffend sei. Ob er glaube, dass eine solche Rhetorik hilfreich sei für einen Friedensprozess hin zu einer Zweistaatenlösung. Daraufhin ist er förmlich

explodiert. Er ist aufgesprungen, hat mich zehn Minuten lang angebrüllt und dabei gesagt: „You are not a journalist. You are an agent of the Zionist regime. You don't give a fuck about Arab blood. You only care about Jewish blood.“ Es hat zehn Minuten gedauert, um ihn wieder zu beruhigen. Ich bin nachher zu ihm hingegangen und habe gesagt: „Herr Arafat, Sie haben da eben einen großen Fehler gemacht. Ich bin der Korrespondent derjenigen Zeitung im deutschsprachigen Raum, nämlich der Berliner *tageszeitung*, die sicher die allergrößten Sympathien aufbringt für das Recht der Palästinenser, endlich auch einen eigenen Staat zu haben.“ Er hat mich dann an meinem damals noch vorhandenen Bart gepackt (der ging mir damals nur so bis hier) und gesagt: „You asked a stupid question. You got the answer you deserved“. Danach wurde ich von seinen Leibwächtern weggetragen.

Ich glaube, damit habe ich die Problematik solcher historischen Parallelen klar gemacht. Was Parallelen zur Nazizeit betrifft, wenn wir sie in Deutschland ziehen: Das hat immer den Geruch des Versuches der Selbstentlastung. Nach dem Motto: Na, Gott sei Dank machen ja andere ähnlich Schlimmes wie unsere Vorfahren gemacht haben. Also deswegen grundsätzliche Bedenken gegen diese Parallelen, aber es ist ja nun inzwischen so, dass losgelöst von dem konkreten historischen Ereignis des südafrikanischen Apartheid-Regimes Apartheid völkerrechtlich definiert ist, ganz klar definiert ist. Was das bedeutet, kann man nachlesen. Es gibt dazu eine UNO-Resolution, es gibt dazu Entscheidungen des internationalen Gerichtshofes. Da kann und muss man schon feststellen, dass die Praxis der israelischen Regierung nicht nur in den besetzten Gebieten gegenüber den dort lebenden Palästinensern, sondern auch im Staate Israel gegenüber der arabischen Minderheit ganz viele Kriterien dieser völkerrechtlichen Apartheiddefinition erfüllt. Das ist schlicht Tatsache. Jetzt bleibt es jedem selbst überlassen, ob man mit diesem Begriff Apartheid operiert oder ob man vielleicht eigene neue Begriffe erfindet. Aber nochmal: Der Tatbestand dieser völkerrechtlichen Apartheiddefinition ist in wesentlichen Teilen erfüllt. Inzwischen reicht es (*Unruhe, Redner verweist auf das nahe Ende des Vortrags*), Kritikern der israelischen Regierungs- und Besatzungspolitik einfach nur das BDS-Etikett anzukleben und dann unter Verweis auf angebliche Unterstützung oder gar aktives Mitmachen für BDS Veranstaltungsverbote zu fordern.

4. BDS, Noam Chomsky und Andreas Zumach

Deswegen will ich dann doch noch abschließend auf die hiesigen Vorgänge eingehen. Die Veranstaltung ist ja lange angekündigt worden. Dann gab es Anfang letzter Woche eine Stellungnahme eines sogenannten „Linken Bündnisses gegen Antisemitismus München“ mit

ganz vielen Falschbehauptungen, Diffamierungen. Ich gehe darauf aber deswegen nicht ein, weil dieses „Linke Bündnis“ völlig feige, hinterhältig, anonym agiert. Irgendwo im Internet ohne irgendeinen Namen, ein Impressum, eine Adresse, eine Telefonnummer. Damit setze ich mich nicht auseinander. Es gibt dann zweitens einen offenen Brief an den Präsidenten der Universität, Professor Bernd Huber, mit der Forderung, diese Veranstaltung zu untersagen. Und in diesem offenen Brief steht in der Überschrift schon drin: „Pro-BDS-Veranstaltung an der LMU absagen. Antisemitismus keinen Raum geben“. Dieses ist unterzeichnet unter anderem von Yonatan Shay, dem Gesandten der Jewish Agency für Israel in München (Beifall). Man schaue sich seine Facebookseiten an und was er sonst im Internet sagt. Ich sage: Das ist ein eingefleischter rechtsextremer Agitator. Dann gibt es sechs weitere Organisationen, die hier unterschrieben haben. Die bestätigen, sozusagen quod erat demonstrandum, dass es genau diese Kampagne gibt.

Ich will jetzt auf einige der Behauptungen eingehen, die mich betreffen. Da steht als erstes fälschlicherweise, ich sei Redakteur der *taz*. Das bin ich nicht. Ich arbeite als freier Journalist und UNO-Korrespondent in Genf für ganz viele Medien. Das ist deswegen wichtig, weil im Folgenden dann auch die *taz* als antisemitisch diffamiert wird. Das geschieht auch in dem Artikel von Benjamin Weinthal in der *Jerusalem Post*. Dann steht hier drin: Herr Zumach positioniert sich als Befürworter und Sympathisant der BDS-Kampagne. Nein, ich positioniere mich nicht als Befürworter und Sympathisant. Ich sage gleich noch was dazu. Das ist schlicht falsch. Dann steht hier zweitens, ich sei schon häufig auf Veranstaltungen pro oder zu BDS aufgetreten. Nein, das bin ich nicht. Schlicht falsch. Dann wird weiter falsch behauptet, falsch zitiert aus Vorträgen, die ich gehalten habe. Und so weiter und so weiter. Für die Behauptung, ich hätte als angekündigter Redner dieser Veranstaltung die Grenzen der Israelkritik in der Vergangenheit eindeutig überschritten, ich würde Israel dämonisieren und delegitimieren sowie bei der Bewertung der israelischen und palästinensischen Politik doppelte Standards anlegen, wird in diesem offenen Brief kein einziger Beleg vorgelegt. Das nenne ich gezielten Rufmord. Was meine Haltung in der Frage ist, habe ich ja eindeutig gesagt. Es gibt dann seit heute eine Erklärung des Jungen Forums der Deutsch-israelischen Gesellschaft. Da steht drin (*liest vor*): Zumach gehört zu einer Gruppe vermeintlich friedensbewegter „Palästina-AktivistInnen“. Bin ich nie gewesen bisher. (*weiter im Text*) Dessen antizionistische und antisemitische Grundhaltung, meist vor dem Hintergrund einer geforderten „gerechten Lösung“, sprich: dem Aufbau eines binationalen, säkularen und demokratischen Staates „für alle“ zu verblasen scheint. Also: Meine angeblich antizionistische und antisemitische Grundhaltung verblasst

hinter dieser schön klingenden Forderung „gerechte Lösung“. Habe ich nie erhoben, ist falsch, ist Rufmord.

Ich habe mich in dieser Frage immer klar positioniert, immer für die Zwei-Staaten-Lösung. Ich habe allerdings auch viele Zweifel, ob die denn überhaupt noch vorstellbar ist angesichts der Realitäten on the ground mit der Besatzung und immerhin über 700.000 illegalen Siedlern. Das kann ich nicht entscheiden. Es wird immer unwahrscheinlicher. Das läuft dann möglicherweise hinaus auf eine andere Option. Ob das dann ein gemeinsamer Staat ist mit Rechten für alle, weiß ich nicht. Ich habe mich aber in dieser Frage nie positioniert, sondern habe immer gesagt, wir sind auch nicht diejenigen, die das hier zu entscheiden haben. Also es ist einfach falsch. Und das wird dann noch unterschrieben.

Ein Einheitsstaat, der mir unterstellt wird, dass ich dafür sei, würde jedoch schlichtweg das Ende der jüdischen Souveränität bedeuten, deren Notwendigkeit sich insbesondere aus der im Holocaust gipfelnden Verfolgungsgeschichte ergibt. Und jetzt kommt ein sehr interessanter Satz: Selbst radikale Denker und Aktivisten wie Noam Chomsky und Norman Finkelstein haben sich von dieser Idee, nämlich Einheitsstaat, sowie von BDS abgewandt. Da wird also versucht, Noam Chomsky gegen mich auszuspielen. Dazu muss ich nun doch noch etwas sagen. Ja, Noam Chomsky hat, wie er es selbst nennt, das kann man alles nachgucken in Interviews, in einem langen Artikel am 2. Juli 2014 in der amerikanischen Zeitschrift *The Nation*, taktische Kritik an BDS geübt (vgl. Chomsky 2014). Er hat gesagt, die erste von den drei Grundforderungen, Beendigung der Besatzung und Kolonialisierung des besetzten arabischen Landes und Niederreißen der Mauer, da sei er voll mit einverstanden und das sei richtig. Das ist Noam Chomskys Position. Ich sage dazu meine. Ich habe Probleme damit, dass im englischen Originaltext des Aufrufs von 170 Zivilgesellschaften der palästinensischen Welt von 2005 zumindest in der Überschrift dieser ersten Forderung nur die Beendigung der Besatzung und Kolonialisierung allen besetzten arabischen Landes gefordert wird. Im Text, der dann unter dieser Überschrift steht, wird zwar völlig klar gesagt: des seit 1967 besetzten Landes. Also eigentlich kann man es auch nur so verstehen. Aber trotzdem: Diese Titelformulierung lässt böswillig, wenn man es will, eine andere Interpretation zu. Nämlich, dass es um das gesamte arabische Land, also das gesamte Palästina ginge. Damit hat sich die Kampagne, wie ich finde, unnötigerweise angreifbar gemacht. Sie wird an diesem Punkt auch angegriffen. Aber zu behaupten, dass Chomsky das ablehne, ist falsch. Er sieht dieses völlig richtig. Im deutschen Text, und der ist ja wahrscheinlich für die Rezeption der meisten hier relevant, im deutschen Text heißt es ganz klar auch in der Überschrift: Beendigung der Besatzung und

Kolonialisierung des seit 1967 besetzten arabischen Landes. Also hier ist dieses Missverständnis eigentlich nicht mehr möglich.

Chomsky sagt dann zur zweiten Forderung, Anerkennung der Grundrechte der arabisch-palästinensischen Bürgerinnen und Bürger Israels auf vollständige Gleichheit: Da habe ich überhaupt nichts dagegen. Das ist richtig. Er hat nur gesagt: Es ist ein bisschen schwierig, das in den USA, wo er ja lebt, zu fordern, wenn wir selbst bei uns in den USA an ganz vielen Punkten innenpolitisch die Gleichheit aller Bürgerinnen und Bürger auch noch nicht haben. Also das ist sein Einwand. Das ist kein grundlegender Einwand gegen die Forderung.

Und jetzt komme ich zum wichtigsten Punkt, der auch glaube ich Kern der Sorgen ganz vieler Menschen ist, die auch BDS oder auch Kritik an der israelischen Regierung ohne BDS kritisieren. Das ist die dritte Forderung. Die heißt ja: Achtung, Wahrung, Unterstützung des Rechtes der palästinensischen Flüchtlinge, wie in der UNO-Resolution 194 festgelegt, des Rechtes auf Rückkehr zu ihren Wohnstätten und Schadensersatz bei Verlust oder Beschädigung ihres Eigentums oder auf Entschädigung für den Fall, dass sie nicht zurückkehren. Zu dieser Forderung sagt Noam Chomsky nicht, dass er sie falsch findet. Er sagt: Es ist völlig unrealistisch, weil Israel bislang all diese UNO-Resolutionen abgelehnt und verletzt habe. Das ist seine Argumentation. Ich zitiere ihn nur, kann man alles nachlesen. Norman Finkelstein hat sich gegen BDS ausgesprochen, weil (und jetzt darf ich das mal Englisch vorlesen) „because if we end the occupation and bring back more than six million Palestinians and give them equal rights for all the Arabs and all the Jews, then there will be no further Israel“. Muss ich das übersetzen? Ist klar. So. Und dann muss man sich mit dieser Frage nach dem Recht auf Rückkehr mal genauer befassen. Das wird immer wieder zum Totschlagargument, wenn man das falsch, mutwillig falsch oder weil man es nicht besser weiß, falsch interpretiert. Es geht zunächst darum, dass das Recht auf Rückkehr durch die israelische Regierung anerkannt werden muss. Das ist übrigens keine spezifische Forderung, die nur hier erhoben wird, sondern dass ist gültiges Völkerrecht. Das ist gültiges Völkerrecht, und zwar Individualrecht von Flüchtlingen und Vertriebenen. Das kann auch keine zwischenstaatliche Friedensregelung einnehmen. Es geht um die Anerkennung dieses Rechtes. Und wenn man dann natürlich sagt: Oh, dann kommen sechs Millionen oder gar sieben Millionen, die theoretisch dieses Recht haben, dann kann sich das natürlich keiner vorstellen, auch die Gutwilligsten nicht, wie man diese Menschen alle in diesem kleinen Land unterbringen könnte.

Es gibt eine Reihe von Untersuchungen dazu, wie viele Menschen, wie viele Palästinenserinnen, angenommen es gäbe den neuen Staat, denn tatsächlich zurückkehren würden. 650.000 ist die allerhöchste Zahl, die bei diesen Befragungen in Flüchtlingslagern und

in der Diaspora herausgekommen ist, wo viele Palästinenser gut leben in den USA, in Australien, Kanada und Europa. 650.000 würden tatsächlich zurückkehren. Das ist allemal machbar. Es gibt auch israelisch-jüdische Expertinnen, die sagen: Wir könnten, wenn wir wollten, noch sehr viel mehr absorbieren. Wir gehen von dieser Größenordnung aus. Nehmen wir einmal an, ich hätte diesen Kampagnenaufwurf formuliert, was ich nicht gemacht habe, ich war ich nicht daran beteiligt. Da, finde ich, hätte die Kampagne, dieses klar machen müssen und auch darauf hinweisen, dass wir seit 2003 (das war immerhin zwei Jahre vor dem BDS-Aufruf) eine Blaupause hatten für eine Zweistaatenlösung. Ich meine die Genfer Initiative, zu der ja das Münchner Ehepaar Judith und Rainer Bernstein ganz wesentlich beigetragen haben. Ein Text, der unter zwei Jahren Geheimverhandlungen zwischen friedenswilligen ehemaligen Mitgliedern der israelischen Regierung und Mitgliedern der palästinensischen Autonomiebehörde mit Schweizer Unterstützung, logistischer und finanzieller Unterstützung, ausgehandelt wurde. Ein Text, in dem alle Streitfragen einer, wenn auch für beide Seiten schmerzhaften, Kompromisslösung zugeführt wurden, mit Ausnahme vielleicht der Wasserfrage. Dort hat man ein Modell vorgeschlagen, eine Mischung aus „feststellen, wie viele würden tatsächlich zurückkehren“, „Entschädigungen für die, die nicht zurückkehren können“, Ansiedlungen in Drittländern und so weiter. Da ist ein Vorschlag bereits seit Dezember 2003, mit dem man, glaube ich, auch operieren sollte bis heute.

Ich habe damals für diese Initiative gestritten. Ich hatte die große Hoffnung, die europäischen, die EU-Länder würden sich da draufsetzen und das fördern. Ich bin dafür verprügelt worden aus der palästinensischen Solidaritätsszene. Gerade auch mit diesem Vorwurf, man wolle ja hiermit den Palästinensern das Recht auf Rückkehr nehmen. Also: Das ist meine Kritik, dass BDS hier sich für diese Fehlwahrnehmung, dass dann sechs bis sieben Millionen kommen und dass doch nicht geht, offen gemacht hat. Es gibt schließlich die Kritik an BDS, auch von guten Freunden von mir, die sagen, der BDS-Aufruf sagt ja nicht ganz klar, was er sich jetzt für Israel vorstellt. Man findet in diesem BDS-Aufrufstext keine klare Formulierung wie „Wir sind für die Zweistaatenlösung“. Oder „Wir sind für den gemeinsamen demokratischen Staat“. Ja, das hätte man vielleicht anders machen können. Meine Gegenfrage ist natürlich, konnte man und kann man sich darauf festlegen zu einem Zeitpunkt, wo nun wirklich für immer mehr Menschen in Palästina, auch in Israel und hier im Ausland die Zweistaatenlösung immer unvorstellbarer wird aufgrund der geschaffenen Fakten. Wo und wie kann denn noch ein überlebensfähiger territorial zusammenhängender palästinensischer Staat geschaffen werden. Aber gut, das ist meine Haltung in aller Kürze zu BDS.

5. Zusammenfassung in drei Sätzen

Letzte Worte. Die Kampagne, die ich geschildert habe, inflationiert den Antisemitismusvorwurf, banalisiert Antisemitismus und Judenfeindlichkeit damit und damit auch das schlimmste Extrem von Judenfeindlichkeit, was wir bisher historisch erlebt haben, nämlich den Holocaust. Und deswegen ist diese Antiantisemitismus-Kampagne im Grunde, wenn man genau guckt, eine antisemitische Antiantisemitismus-Kampagne in ihrer Wirkung. Ich würde mir sehr wünschen, dass die, die an dieser Kampagne als Akteure beteiligt sind, darüber nochmal nachdenken und wir vielleicht heute Abend hier ein bisschen mehr zusammenkommen. Danke für die Geduld.

Literaturangaben und Links

Hannah Arendt: Wahrheit und Lüge in der Politik. Zwei Essays. 3. Auflage. München: Piper 2016.

Noam Chomsky: [On Israel-Palestine and BDS](#). The Nation, 2. Juli 2014.

Michael Meyen: [Antisemitenmacher live \(und mit Fahnen\)](#). In: Michael Meyen (Hrsg.): Medienrealität 2018.

Nathan Thrall: [BDS: how a controversial non-violent movement has transformed the Israeli-Palestinian debate](#). The Guardian, 14. August 2018. Deutsch: [Le Monde Diplomatique The Lobby – USA](#)